

Teil 2

Heute: Sozial-ökologische Marktwirtschaft? Um- wie Fehldeutungen und das gallische Dorf

Kranker Mann Europas, Absturz eines Wirtschaftsriesen, dümmste Energiepolitik der Welt – die internationale Presse geht mit dem noch vor kurzem bewunderten und hoch respektierten Wirtschaftsstandort Deutschland mittlerweile hart ins Gericht. In der Tat ist Deutschland von einer erschreckenden Wachstumsschwäche befallen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts kommt von unterschiedlichen Seiten erheblich unter Druck – sogar das Wort Deindustrialisierung geistert durch unser Land. Nachdem die Bundesregierung lange die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes als Begründung ins Feld geführt hat, muss auch sie nunmehr eingestehen: Statt erhofftem grünen Wirtschaftswunder erleben wir längst unser blaues Wunder. Wir sind Wachstumsschlusslicht und müssen zudem die höchsten Nettoabflüsse von Unternehmenskapital, die es in Deutschland je gab, beobachten. Die Geschwindigkeit des Absturzes ist atemberaubend. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts können selbst Subventionen und fragwürdige Haushaltstricks nicht mehr darüber hinwegtäuschen: Schulden plus mehr Schulden ergeben noch lange kein Vermögen.

Es gibt dafür eine Reihe offensichtlicher Gründe, die eben nicht kurzfristig konjunkturell, sondern tief strukturell sind. Durch die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise verlieren viele einheimische Unternehmen augenscheinlich ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Dazu kommen hohe Steuersätze, Fachkräftemangel und ein demographisches Problem, Digitalisierungsrückstand, zerfallende Infrastruktur, quälend lange Genehmigungsverfahren und vor allem auch eine völlig aus dem Ruder laufende Bürokratie und Regelungswut.

Leider steht der Komplexität der Anforderungen eine erschreckende Lösungsarmut gegenüber. Eine Agenda, die Marktkräften vertraut, die klar festlegt, was in welcher Reihenfolge zu tun ist und wie man die einzelnen Teile nach klaren Prinzipien zu einem Gesamtbild verbindet, fehlt. Was vielleicht sogar noch schlimmer ist: Es gibt keinerlei glaubwürdiges politisches Signal, dass der demütigende Abgesang für die lange als unverwüstlich geltende Wirtschaftslokomotive Europas unangebracht ist und man sich entschlossen gegen diese Kranzniederlegung stemmt. Im Gegenteil: Bundeswirtschaftsminister Habeck, der qua Amt eigentlich Bollwerk gegen Angriffe auf den Wirtschaftsstandort sein müsste, stimmt lautstark in den Untergangs-Chor mit ein. Er sieht Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit ohne neue Schuldentöpfe gefährdet, da die Energiepreise nun ihre zerstörerische Wirkung entfalten würden. Eine unerhörte Vertauschung von Ursache und Wirkung, da natürlich nicht der Wegfall der Subventionen der Grund ist, sondern vielmehr die mutwillige und fahrlässige Verknappung des Energieangebots. Statt Lösungen aufzuzeigen, führt Habeck lediglich aus, an wen die „Dankesbriefe“ für das Schlamassel gehen sollten. Und so wirkt es, als ob wir sehenden Auges das Fundament unseres Wohlstandes weiter erodieren lassen und das auch noch achselzuckend hinnehmen.

Dieser Eindruck entsteht gerade auch deshalb, weil die tiefergehenden Ursachen noch gar nicht thematisiert werden. Wir erleben die Konsequenz einer radikalen Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Wirtschaftsminister, der auf „De-Growth“ statt auf „Wohlstand für Alle“ setzt und ein grünes Wirtschaftswunder, das auf Geheiß der Politik statt auf Bedürfnissen von Bürgern und Innovationskraft der Unternehmen gebaut werden soll, sind Belege für einen grundsätzlichen Bruch mit lange gültigen und bewährten Prinzipien. Die mittlerweile kafkaeske Bürokratie ist ein Ausdruck, dass viele Politiker in Berlin und Brüssel das Grundvertrauen in die Bürger und die Unternehmer komplett verloren haben. Das immer stärkere direkte Einmischen des Staates in den Wirtschaftsprozess, die kleinteilige Vorgabe von Preisen, Mengen und Technologien und jetzt der Ruf nach neuer Schuldenpolitik zeigen erbarmungslos: Das Selbstverständnis

als Schiedsrichter und die Kunst, klare Regeln zu etablieren, sich aber dann rauszuhalten, ist verloren gegangen. Es wird der gefährliche Eindruck vermittelt, als ob in Deutschland Investitionen nur noch dort getätigt werden, wo der Staat die Rechnung bezahlt. Das Fabulieren über „Zufallsgewinne“ verrät eine Geisteshaltung, die kaum noch von Fünfjahresplänen zu unterscheiden ist. Gewinne sind erst dann gut, wenn sie geplant sind – am besten durch eine Behörde.

Wie sind wir an diesen dramatischen Punkt gekommen? Und wohl noch wichtiger: Wie gelangen wir wieder auf den richtigen Kurs? Die 75-jährige Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft ist auch ein permanenter Kampf, um die Verteidigung, Erhaltung und die Gestaltung der Wirtschaftsordnung. Immer wieder gab es Tendenzen des Staates, sich auszudehnen und in den Marktprozess einzugreifen. Immer wieder bestätigte sich aber auch, dass dadurch die Staatsverschuldung steigt, die wirtschaftliche Dynamik sinkt und die Belastung der Bürger zunimmt. Bei allem Ringen und allen Höhen und Tiefen ist das Wettbewerbsprinzip bislang im Kern jedoch immer unangetastet geblieben. Das hat sich in den letzten Jahren erstmals grundlegend geändert. Die zurückliegenden drei Jahre werden als Epoche prägend in die Annalen der deutschen Geschichte eingehen, weil sie nicht nur zu einer geopolitischen Zeitenwende geführt haben, sondern in Deutschland auch die Grundfeste der in der Nachkriegszeit etablierten Wirtschaftsordnung erschüttert haben.

Finanzkrise, Euro-Krise, Corona, Russland-Ukraine-Konflikt – die letzten Jahre waren geprägt von einem permanenten Notfallmodus. Viele kurzfristige und pragmatische Rettungsmaßnahmen, die von der Politik in einem typischen Anti-Krisenreflex ergriffen wurden, haben in der Summe dazu beigetragen, den Ordnungsrahmen langfristig bis zur Unkenntlichkeit zu deformieren. So ging etwa in der europäischen Schuldenkrise die Nichtbeistandsklausel des Maastricht-Vertrags über Bord und in der Corona-Krise fiel zusätzlich das Verschuldungsverbot für den EU-Haushalt. Insbesondere entwickelte sich die jahrelange Null- und Negativzinspolitik der Zentralbanken von einer anfangs angedachten Brücke, um Zeit für Reformen zu kaufen, zu einem Grund, diese gar nicht erst anzupacken. In der Eurozone konnten sich Länder, die so hoch verschuldet waren wie nie zuvor, zur günstigsten Rate in der Geschichte refinanzieren. Dieses System demotiviert die Politik maßzuhalten oder gar zu sparen. Es fördert Verantwortungslosigkeit und leichtsinniges Verhalten.



v.l.n.r. Dr. Jürgen Fitschen, Erkki Liikanen, Peter Terium, Jörg Asmussen, Wolfgang Steiger,
Dr. Mario Draghi, Prof. Dr. Kurt J. Lauk, Günther H. Oettinger, Ulrich Grillo

Auch in Deutschland gewöhnte man sich zunehmend an die Bekämpfung von Jahrhundertkrisen mit Steuermitteln nach dem Prinzip: Viel hilft viel, und nach uns die Sintflut. Schon die große Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel begann, die Konsumausgaben deutlich aufzupusten und Bundeskanzler Scholz setzt das Spiel munter fort: Mütterrente, Rente mit 63, Gaspreisbremse, 49-Euro-Ticket, Tankrabatt, Bürgergeld und Kindergrundsicherung. All das sind Beispiele für Wegmarken auf einem abschüssigen Pfad.

Die Täuschung beginnt mit Worten – sozial-ökologische Marktwirtschaft

Mit dem Start der Ampelkoalition gab es zudem eine fundamentale und gar nicht zu überschätzende Bruchstelle. In dem Koalitionsvertrag wird die Soziale Marktwirtschaft zur „**sozial-ökologischen Marktwirtschaft**“ umdeklariert. Schon der Begriff offenbart ein fundamentales Unverständnis: Die Korrektur externer Effekte gehört zu den regulierenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Damit ist der ökologische Aspekt in dem Ordnungsmodell bereits voll und ganz abgedeckt. Im Koalitionsvertrag heißt es: *„Es gilt, die soziale Marktwirtschaft als eine sozial-ökologische Marktwirtschaft neu zu begründen. Wir schaffen ein Regelwerk, das den Weg frei macht, für Innovationen und Maßnahmen, um Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen.“* Die Soziale Marktwirtschaft braucht nicht immer neue Attribute und Zielvorgaben, sie ist auch kein Regelwerk, das sich neu begründen lässt. Sie ist ein Ordnungsrahmen, der auf Freiheit und Verantwortung beruht und auf unveränderbaren Prinzipien steht.

Es hat sich hier nicht nur eine Begrifflichkeit geändert. Vielmehr wurde eine bewährte, in vielen Stürmen erprobte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegen eine geradezu wahnwitzige und ökonomisch vollkommen unfundierte Idee eingetauscht. Schon im Grünen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2020 wurde das Ziel ausgerufen, die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack durch eine „*globale sozial-ökologische Transformation*“ zu überwinden – mit dem Ziel, dass sich alle wirtschaftlichen Aktivitäten am „*gesamtgesellschaftlichen Wohlstand*“ ausrichten müssten. Das lässt sich jedoch nur erreichen, wenn der Staat nach seinen Gerechtigkeitsvorstellungen massiv in den Wettbewerb eingreift, den Wachstumsbegriff uminterpretiert und Investitionen zentral lenkt. Da die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland weiterhin einen Ruf wie Donnerhall besitzt, wurde der angestrebte Systemwechsel nicht offen vollzogen, sondern als trojanisches Pferd einer begrifflichen Weiterentwicklung erreicht.

Das, was in den Jahreswirtschaftsberichten des Bundeswirtschaftsministeriums, in der vor staatlichem Interventionismus tiefenden Industriestrategie oder unter der Begriffsverenkung „*transformativ* Angebotspolitik“ anschließend als sozial-ökologische Marktwirtschaft ausbuchstabiert wurde, ist in wesentlichen Teilen mit dem ursprünglichen Ordnungskonzept Ludwig Erhards ganz und gar unvereinbar. Es ist ein Programm gegen Marktwirtschaft, Selbstverantwortung und Unternehmertum.

Habecks Werk und Mazzucatos Beitrag

Robert Habecks Ziel eine neue Wirtschaft zu bauen, fußt auf dem intellektuellen Unterbau der Ökonomin Mariana Mazzucato. Ihre Ideen basieren auf der Vorstellung eines weisen, geradezu allwissenden Staates, der zur Zielerreichung einfach mehr Zwang anwenden muss und konkrete dirigistische Vorgaben macht. Die Deutschen haben bei dem Gebäudeenergiegesetz, das vorschreibt, welche Heizungen noch eingebaut werden dürfen, einen Vorgeschmack auf Mazzucatos Rezepte bekommen. Sie führt die wesentlichen ökonomischen Probleme der heutigen Zeit allen

Ernstes auf einen zu geringen Staatseinfluss zurück. Bereits bestehende hohe Staatsquoten und Regulierungsdichten werden von ihr schlicht negiert. Der Markt sei mit den großen Herausforderungen unserer Zeit – insbesondere dem Klimawandel – überfordert. Der Staat müsse deshalb der Wirtschaft die Richtung weisen und aktiv eingreifen – es brauche den „unternehmerischen Staat“ (The Entrepreneurial State“ – so der Titel ihres 2013 erschienen Buchs). Schluss mit schöner Schiedsrichter-Rolle wie bei Erhard. Der Staat, in Figur von Robert Habeck, streift das Trikot mit der Nummer 10 über und erhebt sich zum zentralen Spielgestalter.

Habeck und Mazzucato definieren die Ziele der Wirtschaftspolitik neu – nicht Wachstum und gute Rahmenbedingungen stehen im Vordergrund, sondern die **Mission**, die Wirtschaft im Sinne des Klimas umzubauen. Privatwirtschaft droht im großen Transformations- und Missionsplan zur Unterkategorie von Plänen, Leitmärkten und Leitstellen zu werden. *„So bauen wir von der Mission aus, vom Ziel her aus eine klimaneutrale Gesellschaft. Wir brauchen dafür die freien Märkte, das freie Unternehmertum, aber es muss eine Richtung bekommen, es muss sich dem gesellschaftlichen Ziel anschließen und die Richtung bekommt es, wenn die öffentliche Hand mit ihrer Finanzierung vorangeht“*, berauscht sich Robert Habeck und maßt sich nicht nur das Wissen an, privatwirtschaftliche Entscheidungen nach Belieben lenken zu können, sondern glaubt gleich ganze Märkte nach seinem Gusto zu erschaffen: *„Missionsorientiertes Denken auf unsere Zeit anzuwenden, bedarf nicht nur der Anpassung, sondern einer institutionellen Innovation, die neue Märkte zu schaffen und bestehende neu zu gestalten vermag.“*

Sprechen wir in aller Deutlichkeit aus, was hier gerade passiert: Bundesminister Habeck zentralisiert jetzt, was Ludwig Erhard geschaffen hat: die Freisetzung der wirtschaftlichen Dynamik. Die Demokratie des Marktes nach Wilhelm Röpke wird durch den Dirigismus der Bürokraten ersetzt. Die Steuerungsfunktion des Marktes lässt sich durch politische Planung jedoch nicht ergänzen und verbessern, sondern allenfalls aushebeln.

Auch auf dem Wirtschaftstag 2023 versuchte Robert Habeck für diesen fragwürdigen Kurs zu werben und sprach von einem irenischen Ausgleich unterschiedlicher Perspektiven. Ein übergreifendes Gemeinsames ist fraglos für alle ein Gewinn. Es ist jedoch nur zu erlangen, wenn klar ausgesprochen wird, was jeder einzelne beizutragen vermag und ebenso worauf jeder einzelne verzichten muss, wenn es realisiert werden soll. Jede Position muss ein Stück ihres Bisherigen



aufgeben, aber es kann und darf natürlich nicht das Eigentliche, nicht der inhaltliche Kern sein. Freiheit und Verantwortung, Handlung und Haftung, Wettbewerb und Eigentum – diese Prinzipien stehen für den Standpunkt der Sozialen Marktwirtschaft unverrückbar fest. Sie preiszugeben wäre der Irrweg einer falschen Irenik, die glaubt es sei möglich, alle geistigen Standorte diskutierend aus dem Weg zu räumen. Genau hier liegt die Aufgabe des Wirtschaftsrates, auch gegen den Zeitgeist immer das letzte gallische Dorf zu bleiben, das die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verteidigt, auch wenn prall gefüllte Fördertöpfe neue Schulden und vermeintlich moderne Wirtschaftskonzepte größere Verheißungen versprechen. Mit anderen Worten: Wenn modern heißt, ein dreivierteljahrhundert erfolgreich funktionierendes Industrieland an die Wand zu fahren, dann bleiben wir lieber reaktionär und setzen unsere Kraft auch weiterhin ein für

- Eine zurückhaltende Fiskalpolitik, die geprägt ist von der Demut, dass alles was vom Staat verausgabt wird, von den Bürgern zunächst hart erarbeitet werden muss.
- Die konsequente Abwehr von Versuchen, eine staatlich gelenkte Wirtschaftsordnung zu etablieren.

Habeck und Mazzucato bieten keine neue „wirtschaftspolitische Mission“, sondern nur alten Wein in neuen Schläuchen. Prof. Stefan Kooths vom IfW Kiel bringt es auf den Punkt: *„Der Wein ist eine Mixtur aus zentralplanerischer Selbstüberschätzung und makroökonomischem Brachialkeynesianismus. Als Schläuche dienen arg strapazierte Worthülsen wie „proaktiv“, „nachhaltig“ oder „gesellschaftlich wünschenswert“. Damit wurde bislang noch jede Welle des Interventionismus wohlklingend verpackt, bevor sie am Riff der ökonomischen Ratio in sich zusammenfiel.“*

Dass auch Habecks fragwürdige Vorstellungen an den harten Klippen der ökonomischen Realität zerschellen werden, ist längst offensichtlich. Investitionen benötigen eben nicht bloß eine hochtrabende Mission, sondern vielmehr Konstanz der Wirtschaftspolitik. Wenn nicht mehr der wirtschaftliche Nutzen von Maßnahmen zählt und quantitatives Wirtschaftswachstum nicht mehr ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik sein soll, dann sind harte Verteilungskämpfe die logische Konsequenz. Und wenn der Staat den absehbaren Verlust der Wettbewerbsfähigkeit mit Steuermitteln ausgleichen soll, dann kann es niemanden verwundern, dass die Ampelregierung deutlich schneller als an die planetaren Grenzen, nun an die finanziellen Grenzen gestoßen ist.

Konkret: Wir nehmen Weltklasse-Kernkraftwerke aus dem Markt und konterkarieren damit nicht nur unsere Klimaziele, sondern verringern auch das Angebot mitten in einer dramatischen Knappheitssituation. Anschließend wollen wir die gestiegenen Strompreise durch teure Subventionen wieder künstlich drücken. Wir verbieten den Verbrenner und zahlen dafür Kaufprämien für E-Autos. Damit tauschen wir gleichzeitig einen einzigartigen Wettbewerbsvorteil beim klassischen Antriebsstrang mit Motor, Kupplung, Getriebe und Differential gegen eine Rohstoff-Abhängigkeit gegenüber China ein und schreiben anschließend hochtrabende China-Strategien, die ein De-Risking fordern. Wir regieren dem Bürger in den Heizungskeller hinein und versuchen ihn dann mit üppigen Förderungen ruhig zu stellen. Das alles ist teuer, ineffizient und hat rein gar nichts mit Klimapolitik zu tun – Mission failed.

Spielverderber Schuldenbremse?

Schon mehrmals in der Geschichte der Bundesregierung haben mutige Regierungen marode Finanzen saniert. Deutschland ist reformfähig, die Gesellschaft trägt Einschnitte mit. Eine vernünftige Regierung muss jetzt ihre Ausgaben-Pläne auf den Prüfstand stellen, Prioritäten setzen und den Staat auf seine Kernaufgaben beschränken. So kann aus der Notlage sogar ein Fitnesspro-

gramm werden, wie einst Schröders Agenda 2010. Das Land riss sich zusammen und besann sich auf seine Stärken. Der aufgeblähte Sozialstaat wurde zurechtgestutzt und Leistung und Eigenverantwortung galten wieder etwas. Auch die Ampel hat die Chance, eine echte Reformkoalition zu werden. Der rot-grüne Teil der Ampel scheint allerdings, diese Aufgabe überhaupt nicht annehmen zu wollen. Er windet und verbiegt sich und schießt sich auf die Schuldenbremse ein.

Die Schuldenbremse verhindert Investitionen, sie verhindert Klimaschutz und sie gefährdet Arbeitsplätze, so heißt es allenthalben. Der Alarmismus, dass Deutschland untergeht, wenn wir nicht schnell die Schuldenbremse abschaffen, drohe bei uns zur größten Massenhysterie seit dem Chlorhuhn zu werden, rechnet Prof. Jan Schnellenbach mit der weinerlichen Panikmache ab. Die Geschichte mit dem Kaputtsparen ist angesichts der Entwicklung von Ausgaben und Staatsquote schlicht nicht haltbar. Die Realität ist eine andere. Von 2010 bis 2022 sind die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand um rund 70 Prozent (!) gestiegen. In der Dekade davor betrug der Anstieg lediglich 15 Prozent. Geld ist heute mehr als genug da. Gerade in Krisen bläht die Politik den Haushalt auf und richtet sich anschließend dauerhaft auf dem hohen Niveau ein. 2019 hatten wir einen Haushalt von 350 Mrd. Euro, 2022 dann von 550 Mrd. Euro. Für 2023 und 2024 stehen jeweils Haushalte über 480 Mrd. Euro im Raum. Das heißt die Corona-induzierten Mehrausgaben wurden bei weitem nicht wieder heruntergefahren. Die Politik gewöhnt sich an Sondersituationen und die Ausnahme wird zur Normalität, so dass selbst Rekordeinnahmen nicht mehr ausreichen.

Auch der Vorwurf, dass die Schuldenbremse eine Investitionsbremse sei, ist Unfug. Die Nullzinsen des letzten Jahrzehnts waren für die öffentlichen Haushalte ein gewaltiges Geschenk, das gerade nicht für Investitionen genutzt wurde. Die rechnerischen Investitionsspielräume blieben unter der Schuldenbremse beständig ungenutzt. Sie hat nicht Investitionen verhindert, sondern weitere Ausgaben für den Sozialstaat. Schaut man in den Klimatransformationsfonds, sieht man auch dort wenig investive Ausgaben und viele Subventionen. Allerdings wäre der Verlust des Triple-A-Ratings, der bei unsolider Haushaltsführung zwangsläufig droht, eine wirkliche Investitionsbremse. Das Bundesverfassungsgericht hat auch keineswegs gegen den Klimaschutz entschieden, sondern gegen eine missbräuchliche Verwendung von Geldern zur Umgehung der Schuldenbremse. Der Bundeshaushalt umfasst 480 Mrd. Euro – einzig die Bundesregierung entscheidet, wofür dieses Geld verwendet wird, nicht das Bundesverfassungsgericht.

Es ist die Kernaufgabe einer jeden Regierung abzuwägen, wie sie mit ihrem Geld auskommt und welche Ausgaben sie finanzieren kann und will. Sollen neue Aufgaben finanziert werden, gehören andere auf den Prüfstand. Die Schuldenbremse verhindert eben nicht wichtige neue Investitionen, sondern zwingt zur beständigen Überprüfung von unwichtigeren Aufgaben. Die mühsame Neuordnung von Prioritäten kann natürlich umgangen werden, wenn neuen Aufgaben einfach durch defizitfinanzierte Mehrausgaben entsprochen wird. Doch eine Politik, die auf diese Weise Verteilungskonflikte vertagt, zeichnet sich gerade nicht, wie die Grünen gerne suggerieren, durch „Mut“ aus. Ihr fehlt es schlicht an Verantwortung. Erinnern wir uns an die 500 Milliarden Euro teure Wunschliste der Grünen zu Koalitionsbeginn. Die Schuldenbremse ist deshalb in erster Linie auch eine Populismusbremse, ein Korrekturmechanismus der politische Trägheit verhindert und Scheinlösungen wie die sozial-ökologische Marktwirtschaft entlarvt.

In der Tat gibt es einen erheblichen Bedarf an Investitionen in Deutschland, und auch in Europa viel Potential, etwa bei grenzüberschreitenden Infrastrukturen wie den Verkehrs- und Kommunikationsnetzen. Wer wirklich den Investitionsstau anpacken will, darf nicht die Schuldenbremse in Frage stellen, sondern muss an anderen Stellschrauben ansetzen. Es gibt viele Möglichkeiten und Instrumente, die private Investoren einbeziehen, das Haftungsprinzip einhalten und Preissignale zulassen.

- Das Volumen privater Investitionen ist etwa neunmal so hoch wie das der öffentlichen. In erster Linie gilt es deshalb, die Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen zu verbessern. Gelegenheiten gibt es genug: Im internationalen Vergleich ist die Steuerlast zu hoch, es braucht eine verlässliche Versorgung der Industrie mit bezahlbarem Strom ebenso wie eine Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten und den Abbau von Bürokratie und Regulierungshemmnissen.
- Zudem muss die Haushaltsstruktur viel stärker auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsimpulse ausgerichtet werden. Der deutsche Staat gibt jeden Monat mehr Geld für Soziales aus, als im gesamten Jahr für Investitionen. Auch im siebenjährigen EU-Haushalt sind nur acht Prozent für Binnenmarkt, Innovation und Digitalisierung vorgesehen. Das ist gerade mal ein Viertel der Gelder, die in die Agrarsubventionierung fließen und nur unwesentlich mehr als für die EU-Verwaltung ausgegeben wird.
- Gerade jetzt ist es wichtig, die gewaltigen Chancen eines europäischen Binnenmarkts für Finanzierungsinstrumente zu nutzen. Umso mehr kommt es darauf an, eine europäische Finanzierungsarchitektur zu gestalten, die das riesige Potenzial an privatem Kapital in Europa effizient nutzt. Das konsequente Vorantreiben einer europäischen Kapitalmarktunion muss eine Priorität auf der politischen Agenda werden.
- Schließlich kommt es, anders als gern suggeriert, auch nicht allein auf die Höhe der Mittel an. Eine Kernfrage ist auch die Qualität der staatlichen Ausgaben und der Abruf der Mittel. Allein 2020 wurden 21 Milliarden Euro, die im Bundeshaushalt für Investitionen vorgesehen waren, gar nicht abgerufen. Die Infrastrukturschwächen vieler Industrieländer würden meist nicht zusätzliches öffentliches Geld, sondern die Reform schwerfälliger Planungs- und Entscheidungsprozesse erfordern, so eine IMF-Studie. Mehr Geld hilft auch nicht unbedingt bei Bildung und Gesundheit – es gibt enorm viel Spielraum für «better spending», für mehr Effizienz beim Staat.

Die Gedankenspiele, die Schuldenbremse zu unterlaufen, lassen sich auch nicht isoliert betrachten. Sie treffen auf demografische Herausforderungen und ungeklärte Fragen zur Altersvorsorge. Sie fallen in eine Zeit, da sich die Menschen in Deutschland erstmals seit mehr als einer Generation ohnehin mit rasanten Preissteigerungen konfrontiert sehen. Sie treffen auf einen faktisch suspendierten EU-Stabilitätspakt und zahlreiche Forderungen, die europäische Haftungsgemeinschaft etwa über die Perpetuierung des Wiederaufbaufonds, weiter auszubauen. Die Frage, wie die Bundesregierung mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Schuldenbremse umgeht, besitzt deshalb eine Strahlkraft, die weit über Deutschland hinausgeht. Wenn Berlin seine Budgetkrise mit Tricksereien, Notlagen und Notlügen bewältigt, wird sich Brüssel nicht für Austerität entscheiden. Es geht hier also um die grundlegende Frage, ob sich Deutschland noch als Stabilitätsanker sieht.

EU zeigt: Politische Wachstumsprogramme sind keine Wundermittel

Der Blick nach Europa lohnt noch aus einem anderen Grund. Zeigt er doch eindrucksvoll, dass politische Wachstumsprogramme eben keine Wundermittel sind. Denn genau der Weg einer schuldenfinanzierten Investitionsoffensive, den Habeck nun so offensiv für Deutschland fordert, ist hier in den letzten Jahren gleich mehrfach krachend gescheitert. Wir wissen also, wie dieser Film ausgeht. Als „Hamilton-Moment“, „Game Changer“, „historische Chance für Europa“ und „kopernikanische Wende“ wurde der EU-Wiederaufbaufonds noch vor kurzem bezeichnet. Erstmals erhielt die EU eine eigene Verschuldungskompetenz und hunderte Milliarden sollten den EU-Staaten bei der Transformation und zum wirtschaftlichen Aufschwung helfen. Der Bundeswirtschaftsminister will nun das nächste Wunderprogramm zünden, obgleich gerade Deutsch-

land bislang kaum etwas von den verfügbaren Mitteln aus dem Aufbaufonds abgerufen hat. Statt immer neue Schulden einzufordern und ineffiziente Doppelstrukturen zu bauen, gilt es, eine ehrliche Bestandsaufnahme vorzunehmen:

- **Bürokratieabbau**

Der Vergleich der Förderregime ist bezeichnend. Die USA senden das klare Signal aus, ihr Land re-industrialisieren zu wollen. Die Mittel des US-Inflation Reduction Acts werden im Wesentlichen über Steueranreize gewährt und die Vergabe zeichnet sich durch Pragmatismus aus. In Europa dominieren dagegen sehr eng definierte Förderbedingen, Gesetze und Vorschriften. Diesen Eindruck muss Europa entschlossen entgegentreten und seine Förderprogramme entbürokratisieren und technologieoffen ausgestalten.

- **Fehlender Wachstumsimpuls**

Wie bei den Vorgängerprogrammen wurde die Wachstumswirkung überschätzt. Nach der Finanzkrise startete Europa im Juli 2009 den sogenannten „European Economic Recovery Plan.“ Ein Konjunkturprogramm und Stimulus von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, um „Millionen von Arbeitsplätzen“ zu schaffen und dafür zu sorgen, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt. Der Juncker Plan wurde kurz danach als „Investment Plan für Europa“ gefeiert und hat 360 Milliarden Euro mobilisiert. Das Ergebnis all dieser Programme war niederschmetternd. Die Wachstumsraten schwach, Produktivitätssteigerungen kaum vorhanden, Investitionstätigkeiten nahmen keine Fahrt auf.

- **Transparenz und Kontrolle**

Der EU Rechnungshof fordert bei der Verwaltung der für den EU-Aufbaufonds aufgenommenen Schulden mehr Transparenz und bemängelt, dass die Kommission keine klaren Ziele für das Schuldenmanagement festgelegt hat. Der EU-Haushaltskontrollausschuss kritisiert zudem, dass er nur vollkommen unzureichende Informationen dazu bekommt, wie viel von dem bewilligten Geld wirklich die Realwirtschaft erreicht hat.

- **Finanzierung**

Im Juni 2021 ging die erste Anleiheemission des Wiederaufbauplans Next Generation EU mit großer Begeisterung über die Bühne. Mit einem finalen Orderbuch von 142 Mrd. Euro war die mit einem Zinskupon von null Prozent ausgestattete Anleihe mehr als siebenfach überzeichnet. Doch aus der anfänglichen Begeisterung ist eine sorgenvolle Ernüchterung geworden. Die Risikoprämien sind mittlerweile nicht mehr nur höher als die der Länder mit dem besten Bonitätsrating (etwa Deutschland und Niederlande), sondern übersteigen auch die von Frankreich und bei einigen Laufzeiten selbst die Spaniens, das mit einem deutlich schlechteren Risikoprofil ausgestattet ist. Ein ehrliches Fazit muss zu dem Ergebnis kommen, dass die europäischen Anleihen keineswegs das erhoffte Safe Asset der Europäischen Währungsunion sind. Gleichzeitig wurde die EU-Kommission von den steigenden Zinsen vollkommen überrascht und sie hat sich bei den eigenen Finanzierungskosten massiv verkalkuliert – 19 Milliarden Euro veranschlagt die EU-Kommission nun an gestiegenen Zinskosten, weil die Nullzinswelt vorüber ist.

Für Deutschland und Europa gilt: Weder eine immer stärker von Beamten mit Plänen gesteuerte und bevormundete Wirtschaft, noch immer neue Schuldenvehikel lösen die grundlegenden Probleme. Im Gegenteil, sie lähmen. Wir müssen uns stattdessen wieder auf die Prinzipien besinnen, die Deutschland und Europa wirtschaftlich stark gemacht haben: Markt, Wettbewerb und Subsidiarität.

Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Um seine industriepolitischen Vorhaben trotz Schuldenbremse weiterzuführen zu können, nutzte Bundesminister Habeck ein martialisches Bild. Beteilige sich Deutschland nicht an dem Subventionswettlauf, boxe es mit gefesselten Händen, während sich die Gegner Hufeisen in die Handschuhe packen würden. Gerade USA und China würden den umkämpften Wettbewerb mit viel Geld und großer Entschlossenheit führen. Dass hier ein ganz fatales Unverständnis über Standortwettbewerb und internationalen Freihandel als Nullsummenspiel zugrunde liegt, soll noch nicht einmal das Thema sein. Auch nicht der Fakt, dass unsere Geschäftsmodelle sehr wohl funktionieren. Sie funktionieren bedauernswerter Weise nur nicht mehr in Deutschland, weil die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen internationale Konkurrenzfähigkeit nicht ermöglichen. Die von Bundesminister Habeck geschürte Furcht vor einer zukünftigen bipolaren, von China und den USA dominierten Weltordnung, unterschätzt die europäischen Möglichkeiten fundamental. Gerade die USA und China haben keineswegs mit geringeren strukturellen Problemen zu kämpfen. Vor allem aber hat Europa eine gewaltige wirtschaftliche Potenz. Der EU-Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt und seine Erfolgsgeschichte ist noch lange nicht auserzählt. Es gibt eine starke gemeinsame Wettbewerbspolitik. In keiner anderen Region der Welt ist Freiheit als Fundament des Fortschritts unter dem Dach der Demokratie derart fest verankert wie in Europa. Es gilt sich, endlich mehr auf diese Stärken zu besinnen und sie konsequenter auszubauen.

„Resignation vermag das Schicksal nicht zu wenden; es gibt grundsätzlich keine wirtschaftliche Situation, aus der nicht Wille und Vernunft Auswege und Wege zu neuem Aufstieg finden lassen“, mit diesem unerschütterlichem Optimismus beschrift Ludwig Erhard den Weg zum Wirtschaftswunder. Daran sollten auch wir uns orientieren. Viele unserer Unternehmen gehören in ihren Industrien zu den besten der Welt. Knapp die Hälfte der rund 3.500 Weltmarktführer und Hidden Champions ist deutsch – das ist ein toller und innovativer Kapitalstock. Wir müssen diesen Unternehmen nicht erklären, wie sie innovativ und wettbewerbsfähig sind und welche Technologie für morgen gebraucht wird. Wir müssen aber sehr wohl dafür sorgen, dass sie einen stabilen und wettbewerbsfähigen Ordnungsrahmen haben, in dem sie ihre Vorteile verteidigen und weiterentwickeln können. Packen wir es an!